

SP bläst im Wallis zum Angriff

Ständeratswahl Das Wallis ist eine Hochburg der CVP. Jetzt wollen die Sozialdemokraten dort in den Ständerat einziehen. Heute Abend verkündet Nationalrat Mathias Reynard seine Kandidatur.

Othmar von Matt

Eigentlich war über Jahre hinweg klar, wer im Wallis dereinst Jean-René Fournier beerben sollte, wenn er 2019 zurücktritt nach dem Jahr als Ständeratspräsident: Yannick Buttet. Doch es kam anders. Im November 2017 wurde bekannt, dass der Walliser CVP-Nationalrat seine Ex-Geliebte belästigt hatte. Buttet musste daraufhin zurücktreten. Nach einer Phase von Agonie und Zweifel einigte sich die CVP Unterwallis schliesslich auf Marianne Maret als Kandidatin für den Ständerat, die Partei-Vizepräsidentin und Grossrätin.

Maret erhält aber harte Konkurrenz. Heute Abend nominiert die SP Savièse Nationalrat Mathias Reynard. «Ich lanciere damit meine Ständeratskandidatur», bestätigt er. «Natürlich muss ich noch von der SP Wallis nominiert werden.» Hochkarätige Kandidaten stehen aber auch bei FDP und

SVP bereit: Nationalrat Philippe Nantermod (FDP) und Grossrat Cyrille Fauchère (SVP).

127 Jahre CVP-Herrschaft

Damit greifen SP, FDP und SVP die letzte CVP-Bastion an, die es noch gibt: die ungeteilte Walliser Ständesstimme. Die beiden Ständeratssitze des Kantons befinden sich seit 1891 – und damit 127 Jahre – ausnahmslos in CVP-Hand. Lediglich zu Beginn des modernen Bundesstaates, von 1848 bis 1890, gehörten 10 der total 56 Walliser Ständeräte den Radikalen (heute FDP) an.

Das hängt mit der Niederlage des Sonderbunds zusammen, dem das Wallis 1845 beigetreten war. Nach der Besetzung durch eidgenössische Truppen übernahmen die Radikalen 1847 die Macht im Wallis. Damit setzte sich die repräsentative Demokratie im liberalen Sinne auch im Wallis durch. Diese Phase war

aber nur von kurzer Dauer. Bei den Wahlen 1857 errangen die Konservativen wieder die Mehrheit im Grossen Rat. Bis 1921 wurden die Ständeräte im Wallis nicht vom Volk gewählt, sondern vom Grossen Rat, den die CVP dominiert. FDP, SVP oder SP hatten aber auch danach keine Chance auf einen Ständeratssitz. «Es gab selbst im zweiten Wahlgang fast nie eine Allianz der Minderheitsparteien gegen die CVP», sagt Historiker Philippe Bender. «Doch langsam kommt



Mathias Reynard
Nationalrat SP/VS Bild: KEY

der Pluralismus auch ins Wallis. Mit einem Drittel der Stimmen kann man nicht immer beide Ständeratssitze beanspruchen.»

Auch SP-Kandidat Reynard schätzt es als «problematisch» ein, dass die CVP mit einem Wähleranteil unter 40 Prozent «noch immer beide Sitze beansprucht». Es brauche mehr Vielfalt. «Das Wallis hat sich enorm verändert, die Gesellschaft ist viel offener geworden.» Das zeige sich daran, wie die politische Elite von Abstimmungsergebnissen überrascht worden sei. Etwa vom Nein zu den Olympischen Winterspielen 2026 in Sion. Oder vom starken Anstieg des Ja-Anteils bei der Abstimmung zur erleichterten Einbürgerung.

Die Veränderungen zeigten sich aber vor allem im Alltag der Bevölkerung, findet Reynard. Etwa bei so sensiblen Fragen wie der Bewegung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT). Die zweite

Pride in Sion sei ein grosser Erfolg gewesen. Reynard: «Heute sind die progressiven Kräfte im Wallis in der Mehrheit.» Doch das seien nicht jene Menschen, die dann auch tatsächlich in den Medien auftauchten. «Sie entsprechen nicht dem Bild, das gewisse Leute dem Kanton gerne geben möchten.»

Reynard gilt als politisches Talent. 2011 hielt er, mit 24 Jahren jüngstes Parlamentsmitglied, die Eröffnungsrede im Nationalrat. 2015 wurde er mit dem zweitbesten Resultat wiedergewählt. Yannick Buttet (CVP) kam auf 43 585 Stimmen, Reynard auf 33 469. Er lag damit deutlich vor der im Dezember in den Bundesrat gewählten Viola Amherd (29 256) und Philippe Nantermod (30 253), seinem Konkurrenten von der FDP im Rennen um den Ständeratssitz. Der Vorstand der FDP Wallis tagt in einer Woche. «Wenn er glaubt, ich sei der richtige Kandidat», sagt Nan-

termod, «bin ich bereit für den Ständeratswahlkampf.» SVP-Grossrat Fauchère argumentiert ähnlich. «Wahrscheinlich» sei er der SVP-Kandidat. SVP-Präsident Albert Rösti habe seinen Namen genannt. «Und ich bin interessiert». Entscheiden müsse aber die Generalversammlung der SVP Wallis.

Eine Geste ans Oberwallis

Würde er einen Sitz holen, wäre das «historisch», sagt Nantermod. Das sieht auch Historiker Bender so, der neu für die FDP im Verfassungsrat sitzt. Dort plant er genau deswegen einen Antrag für die neue Walliser Kantonsverfassung. Er will den Satz verankern, dass das Oberwallis künftig einen fix garantierten Ständeratssitz hat. «Dann», glaubt Bender, «könnten die Oberwalliser frei wählen.» Bisher hätten sie nämlich nur eine Wahl, um in Bern sicher vertreten zu sein: die CVP.

Linke kritisieren eigene Bundesrätin

Bilanz Zum Schluss ihrer Zeit als Asylministerin ging die SP hart ins Gericht mit Simonetta Sommaruga. Ein Vorwurf ertönte besonders laut.

Sie handle viel zu lasch und veranstalte ein Asylchaos: Die SVP liess kaum ein gutes Haar an Simonetta Sommarugas Asylpolitik. Und auch aus den eigenen Reihen sieht sich die frühere Justizministerin mit Kritik konfrontiert – freilich mit umgekehrter Stossrichtung. Kurz nach Bekanntwerden von Sommarugas Wechsel ins Umwelt- und Verkehrsdepartement (Uvek) taxierte die SP in einer Medienmitteilung die Schweizer Asylpolitik als zu wenig grosszügig. Der Name Sommaruga erscheint zwar nicht in der Medienmitteilung von Mitte Dezember. Doch letztlich war die Bernerin bis Ende Jahr politisch für die Praxis im Asylwesen verantwortlich.

Konkret hielt die SP in ihrem Communiqué fest, die Schweiz profitiere «in hohem Masse» vom Dublin-System. Doch die Asylsuchenden würden Gefahr laufen, in Staaten mit ungenügenden Asylstrukturen zurückgeschickt zu werden. Die Dublin-Regeln besagen, dass jener Staat für ein Asylgesuch zuständig ist, in den ein Schutzsuchender zuerst einreist. Die Schweiz macht bei diesem System der EU seit 2008 mit. Im Jahr 2015 zum Beispiel schob die Schweiz am meisten Asylbewerber dank den Dublin-Regeln in ein anderes Land in Europa ab. Der Bundesrat hielt im Sommer 2017 denn auch in einer Antwort auf einen Vorstoss fest: «Die Schweiz zählt im europäischen Vergleich zu den vollzugsstärksten Ländern.»

SP will stärkeren Fokus auf humanitäre Gründe

Diese Vollzugsstärke ist für die SP kein Grund zum Jubeln. Sie verlangt stattdessen, dass die Schweiz vermehrt vom sogenannten Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht, das in der Dublin-Verordnung explizit vorgesehen ist. Dieses Recht besagt, dass die Dublin-Staaten aus humanitären

«Wir kritisieren die sehr strikte Anwendung der Dublin-Verordnung schon lange und unabhängig davon, wer das Departement führt.»

Mattea Meyer
Nationalrätin SP/ZH

Gründen auf Asylgesuche eintreten können, auch wenn eigentlich ein anderes Land zuständig wäre. Die Schweiz wendet diese Klausel hauptsächlich bei besonders verletzlichen Personen wie unbegleiteten Minderjährigen, Familien, Alleinerziehenden oder Personen mit gesundheitlichen Problemen an. Von Januar bis November letzten Jahres bat das Staatssekretariat für Migration (SEM) andere Länder um die Übernahme von 6371 Dublin-Fällen. Im gleichen Zeitraum wendete es bei 829 das Selbsteintrittsrecht an. Der SP genügt das nicht. Die Schweiz müsse gerade bei Familien mit Klein- und Schulkindern sowie Menschen mit medizinischen Problemen grosszügiger sein, fordert Nationalrat Cédric Wermuth (AG).

Die Sozialdemokraten gehen hart ins Gericht mit ihrer eigenen Bundesrätin. «Wir kritisieren die sehr strikte Anwendung der Dublin-Verordnung schon lange und unabhängig davon, wer das Departement führt», sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Mattea Meyer. Gleichzeitig nimmt Meyer Sommaruga in



Sommarugas strikter Vollzug des Dublin-Systems stösst ihrer Partei sauer auf.

Bild: A. della Valle/Keystone

Schutz. Der Druck von rechts auf ihre Asylpolitik sei massiv gewesen. Und sie lobt die SP-Magistratin dafür, dass die Schweiz seit mehreren Jahren regelmässig besonders verletzte Personen in sogenannten Resettlement-Programmen aufnimmt. Erst Ende November kündigte Sommaruga an, die Schweiz werde in diesem Jahr weitere 800 Flüchtlinge aus Krisengebieten aufnehmen.

Zu den Vorwürfen nimmt Sommarugas Pressesprecher schriftlich Stellung: «Während ihrer Zeit als Vorsteherin des

EJPD hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga immer wieder unterstrichen, dass das Dublin-System wichtig sei – gerade auch für Schutzsuchende, denn dadurch werde sichergestellt, dass überhaupt ein Staat für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständig ist.» Gleichzeitig habe Bundesrätin Sommaruga stets auch betont, dass das System nicht perfekt sei und Schwachstellen habe. «Deshalb hat sie sich in den letzten Jahren immer auch für eine Weiterentwicklung des Dublin-Systems engagiert; dies insbesondere mit dem Ziel

einer solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden.»

Linke setzt Keller-Sutter unter Druck

Seit Anfang Jahr kümmert sich Karin Keller-Sutter um das Asyl-dossier. Die neue FDP-Bundesrätin galt zu ihrer Zeit als St. Galler Regierungsrätin als Hardlinerin in Asylfragen. Mattea Meyer hält die Forderung, verstärkt freiwillig auf Dublin-Fälle einzutreten, auch bei der neuen Justizministerin aufrecht. Diese Forderung stellen übrigens nicht nur linke Politiker. Mehr als

33000 Personen und 200 Organisationen unterzeichneten im November 2017 einen Appell «gegen die sture Anwendung» der Dublin-Verordnung. Darunter fanden sich vereinzelt auch eidgenössische Parlamentarier der CVP sowie der FDP.

Wenig Gehör für dieses Anliegen zeigt Kurt Fluri. Der Solothurner FDP-Nationalrat präsidiert die Staatspolitische Kommission, die sich um Asylfragen kümmert. «Ich habe den Eindruck bekommen, dass Sommaruga die Dublin-Regeln zwar konsequent, aber nicht hartherzig ausgelegt hat», sagt er. Dass diverse bürgerliche Politiker Sommaruga eine lasche Asylpolitik vorgeworfen haben, konnte Fluri «nie richtig nachvollziehen».

Sommaruga forcierte die Wegweisungen

Ein Blick in die Asylstatistik zeigt, dass unter Sommarugas Ägide der Vollzug bei den Wegweisungen forciert wurde. Als sie das EJPD 2010 von ihrer Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) übernahm, lebten noch 6220 Asylbewerber mit einem negativen Entscheid in der Schweiz. Bis Ende November 2018 sank diese Zahl um mehr als die Hälfte auf 2994 und damit fast auf das Niveau zu Zeiten des SVP-Justizministers Christoph Blocher. Die Jungen Grünen warfen Sommaruga im Sommer 2017 deswegen eine unmenschliche Flüchtlingspolitik vor und forderten: «Aus-schaffungsministerin Sommaruga muss weg.» Der Bundesrat führt den Erfolg bei den Rückführungen unter anderem auf die Dublin-Verfahren zurück. Der Bund konnte die für den Vollzug zuständigen Kantone in den letzten Jahren aber auch besser unterstützen bei der Abklärung der Identität und Beschaffung von Reisedokumenten.

Kari Kälin